

**KNA vom 11.04.2015 , S. 1**

## **CDU will Verdoppelung der Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge**

Düsseldorf (KNA) Im Vorfeld des zweiten Flüchtlingsgipfels in Nordrhein-Westfalen hat die CDU eine Verdoppelung der Betreuungskapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes verlangt. Die dort vorhandenen 7.925 Plätze seien bei weitem nicht ausreichend, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Andre Kuper, am Freitag vor Journalisten in Düsseldorf. Aufgrund einer "krisenhafte Entwicklung der Flüchtlingszahlen" seien 15.000 Regelplätze und weitere 2.500 Plätzen in Notunterkünften notwendig. In diesem Jahr sei in NRW mit insgesamt 60.000 neuen Asylbewerbern zu rechnen.

Gegenwärtig komme es in den 19 Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes immer wieder zu erheblichen Engpässen, beklagte Kuper. Trotz der Schaffung von Zusatzkapazitäten seien zuletzt tausende von Flüchtlingen ohne ordnungsgemäße Registrierung und obligatorischen Röntgen-Check auf die Kommunen verteilt worden. Die Verweildauer in den Aufnahmeeinrichtungen liege im Schnitt bei nur 14 Tagen. Anzustreben sei jedoch ein Aufenthalt von bis zu drei Monaten, um die Asylverfahren vollständig abwickeln zu können. Dazu seien neben einem Kapazitätsausbau auch Verfahrensbeschleunigungen durch das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (BAMF) notwendig. Die Bearbeitung eines Asylbewerber-Antrags dauere im Schnitt immer noch fünfeinhalb Monate.

Der CDU-Fraktionsvize hob hervor, dass es zwischen Politik, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsorganisationen in NRW einen "guten Dialog" über ein neues Konzept für die Flüchtlingsaufnahme gebe. Allerdings sei die Realisierung durch die rot-grüne Landesregierung unzureichend. Alleine immer neue Finanzforderungen an den Bund reichten nicht aus, sagte Kuper.

Bisher seien die Beschlüsse des ersten NRW-Flüchtlingsgipfels "bei weitem noch nicht umgesetzt worden", kritisierte Kuper. Für das Beschwerde-Management in den Aufnahmeeinrichtungen gebe es nur ein Konzept, aber noch keine Anwendung in der Praxis. Der Umbau der sogenannten Task Force für Flüchtlinge zu einem "mobilen Qualitätskontrollteam" bleibe eine Absichtserklärung. Die für die Steuerung der Asylbewerber-Aufnahme landesweit zuständige Bezirksregierung Arnsberg sei immer noch personell unterbesetzt. Bei den für die Asylbewerber-Familien zusätzlich bereitgestellten 310 Lehrkräften mangle es an "Koordination" durch das Land. Die zugesagten Finanzhilfen für Flüchtlingskinder in Höhe von 6 Millionen Euro und für Flüchtlingsfrauen in Höhe von 900.000 Euro seien bisher noch nicht abgeflossen.

Auf Einladung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) findet am Mittwoch in Düsseldorf ein zweiter Flüchtlingsgipfel mit Vertretern der Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden sowie Flüchtlings- und Hilfsorganisationen statt. Dort sollen Schwachpunkte bei der Flüchtlingsbetreuung analysiert und weitere Maßnahmen für eine humanitäre Unterbringung von Asylbewerbern beraten werden.